Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 2,50 Zloty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Geschäftsstelle: Pleß, ul. Piastowska 1

Nikolaier Anzeiger
Plesser Stadtblatt

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene mm-Zeile für Poln.-Oberschl. 12 Gr. für Polen 15 Gr. die 3-gespaltene mm-Zeile im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger" Pleß. Postsparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 10 — **Freitag, den 23. Januar 1931** — **80. Jahrgang**

Das Rededuell Curtius-Zaleski

Ein großer Tag vor dem Völkerbund — Curtius über die Deutschenverfolgungen in Oberschlesien
Zaleskis Rechtfertigung — Die polnische Regierung verspricht Bestrafung der Schuldigen

Genf. Die Verhandlungen des Völkerbundsrates über die drei deutschen Beschwerden wegen der Wahlvorgänge in Oberschlesien, Pommerellen und Posen wurden Mittwoch in öffentlicher Sitzung unter dem Vorsitz des englischen Außenministers Henderson eröffnet. Die Klage Deutschland gegen Polen vor dem Völkerbund steht völlig

im Vordergrunde der gegenwärtigen Ratsverhandlungen.

Die große politische Tragweite des Völkerbundsverfahrens gegen Polen wird allgemein uneingeschränkt anerkannt. Zum ersten Male wird heute vor dem Völkerbundsrat der durch die Grenzziehung im Osten Europas geschaffene für Deutschland untragbare Zustand von deutscher Seite aufgerollt. Damit gewinnen die Verhandlungen des Völkerbundsrates über die oberschlesische Frage hinaus grundsätzliche Bedeutung.

Die Sitzung des Völkerbundsrates wird kurz nach 10,30 Uhr eröffnet. Der Sitzungssaal ist brechend voll. Die Diplomatenlogen und Pressetribünen sind überfüllt. In der Diplomatenloge sieht man u. a. den Präsidenten der Gemischten deutsch-polnischen Schiedsgerichtskommission, Calonder. Im Saale herrscht gespannteste Aufmerksamkeit. Henderson erteilt zuerst dem Berichterstatter, dem japanischen Botschafter in Paris, das Wort, der lediglich einige Mitteilungen geschäftsordnungsmäßiger Art macht, worauf Henderson Dr. Curtius das Wort erteilt. Dr. Curtius verliest seine Rede von einem Manuskript. Anschließend findet die französische und englische Uebersetzung statt, die den größten Teil des heutigen Vormittags ausfüllt.

Curtius fordert Gerechtigkeit

Vorsichtige Anklage und Beseitigung der Ursachen

Genf. Reichsaußenminister Dr. Curtius führte folgendes aus: So sehr auch in der Vergangenheit die deutsche Minderheit durch Unterdrückung und Gewalttaten gelitten hat, so wurde doch alles übertroffen durch das Maß der Leiden,

das die deutsche Bevölkerung in Polen vor den polnischen Wahlen über sich hat ergehen lassen müssen.

Das Gesamtbild der Geschehnisse ließ deutlich erkennen, daß die Kräfte, die hinter dem Wahlterror standen, offenbar glaubten, jetzt

eine entscheidende politische Schwächung des Deutschtums herbeiführen zu können.

Die polnische Regierung hätte nicht nötig gehabt, uns daran zu erinnern, daß eine Minderheitenangelegenheit nicht den Charakter eines Streites zwischen zwei Staaten tragen dürfe, sondern, daß sie eine reine Völkerbundsangelegenheit ist. Ich bin mit dieser Auffassung ganz einverstanden und dränge mit allem Nachdruck darauf, daß der Völkerbundsrat **ohne Rücksicht auf das Land,** das die Sache aufgenommen hat, gemäß seinen Garantiepflichten für die Befolgung der Minderheitenrechte sorgt. Wir denken nicht daran, zu leugnen, daß uns mit den Deutschen, die jetzt jenseits der Grenze unter fremder Oberhoheit leiden, ein starkes inneres Band verknüpft. Diese innere Anteilnahme Deutschlands ändert aber nicht das geringste daran, daß die Reichsregierung bei der Anrufung des Völkerbundsrates nach dem **Wortlaut und dem Geist des bestehenden Minderheitenrechts gehandelt hat.** Auf die Grundrechte der Minderheit selbst kommt es für die Beurteilung der Vorgänge des November vorigen Jahres allein an. Es ist zu befürchten, daß, wenn es dem Völkerbundsrat nicht gelingt, ähnlichen Vorkommnissen in der Zukunft vorzubeugen und für die Vergangenheit volle Sühne für das Geschehene zu schaffen,

das Vertrauen der Minderheiten zum Völkerbund als dem Hort dieser Rechte unwiederbringlich verloren gehen wird.

Das traurige Verzeichnis der Gewalttaten der Minderheitenbeschwerden zeigt, daß von der körperlichen Bedrohung bis zu der Zerstörung von Eigentum und jeder Art von moralischem Zwange alle Mittel angewandt worden sind, die Deutschen ihrer politischen Rechte in Polen zu berauben.

Dr. Curtius erinnerte sodann an die einzelnen Vorfälle

in Hohenbirken, Ober-Wilcza, Sohrau und Golassowitz

und fuhr dann fort: **Die Polizei hat entweder die Ereignisse geschehen lassen oder sogar selbst gegen die Minderheit eingegriffen.** Auffallend ist die Tatsache, daß die Terroraktionen sich wochenlang in aller Oeffentlichkeit abspielen konnten, ohne daß der oberste politisch verantwortliche Beamte des Gebietes, der Wojewode, einschritt. Eine solche pflichtwidrige Unterlassung ist **Verwaltungswillkür.**

Dr. Curtius wies sodann auf die Rolle des Aufständischenverbandes bei den Terrorakten hin. Die Erinnerung an die Schreckenstage der Aufstandszeit, so fuhr Dr. Curtius fort, ist heute noch in der ganzen deutschen Bevölkerung lebendig und macht die Angst der Minderheit vor den Drohungen der Aufständischen jedem Kenner der Verhältnisse begreiflich. Der Aufständischenverband ist eine rein militärische Organisation mit militärischer Befehlsgewalt. Er findet nicht nur Unterstützung durch die unteren örtlichen Verwaltungsbehörden, sondern wird auch begünstigt durch die obersten Behörden der Wojewodschaft. Ehrenvorsitzender des Verbandes ist der Wojewode von Schlesien. Ist es ein Wunder, daß bei dieser Sachlage die Angehörigen des Aufständischen-Verbandes mit Rücksicht auf ihre besonderen Beziehungen zu den Verwaltungsbehörden, in erster Reihe dem Wojewoden,

glaubten, in deren Sinne zu handeln, als sie die aus den Zeiten der Aufstände ihnen vertrauten alten Methoden der Terrorisierung und blutigen Mißhandlung wieder aufnahmen?

Gerade die bewußte Verhinderung der geheimen Wahl sei in Oberschlesien von besonderer Wirksamkeit gewesen. Der Anblick bewaffneter Aufständischer im Wahllokal oder vor diesem ließ es den Minderheitenangehörigen ratsam erscheinen, sich im letzten Moment zu entschließen, von der Möglichkeit der geheimen Stimmabgabe nicht Gebrauch zu machen.

Dr. Curtius ging sodann auf die polnische Behauptung ein, der deutschen Minderheit sei es **nicht schlechter** ergangen, als anderen Gruppen der Opposition

Welche Methoden die polnische Regierung gegenüber ihrer Opposition für richtig hält, ist ihre Sache.

Ich bin weit davon entfernt, solche inneren Angelegenheiten offen vor diesem internationalen Forum berühren zu wollen. **Anders liegt die Frage allerdings schon hinsichtlich der übrigen Minderheiten, wie z. B. der ukrainischen.** Wenn sich die aufsehenerregenden Nachrichten, die über die auch hier verübten Gewalttaten durch die internationale Presse gegangen sind, so wird sich der Rat gegebenenfalls auch mit diesen Dingen beschäftigen müssen.

Auf keinen Fall kann mit dem Hinweis auf die Behandlung anderer Minderheiten das Vorgehen gegen die Deutschen in Oberschlesien entschuldigt werden.

Dr. Curtius behandelte sodann die dritte deutsche Note über die Wahlvorfälle in Posen und Pommerellen. Er betonte, daß die Eingriffe in die freie Ausübung des Wahlrechts dort fast noch schwerwiegender als in Oberschlesien gewesen seien. Der systematische Kampf gegen das Deutschtum sei auch hier deutlich sichtbar. Die polnische Regierung habe geglaubt, darauf hinweisen zu können, daß alle diese Vorkommnisse, deren erheblichen Umfang sie nicht bestreite, mehr oder weniger auf deutsche Verantwortlichkeit zurückzuführen seien. Diese polnische Einwand zwingt mich, so erklärte Dr. Curtius, hierzu Stellung zu nehmen.

Die unveränderliche Haltung aller bisherigen deutschen Regierungen und der Gesamtheit des deutschen Volkes zu den politischen Fragen sind überall in der Welt bekannt. Ich bin weit entfernt, sie in irgend einer Richtung abschwächen zu wollen. Ich verleugne sie auch hier nicht. Aber fest steht, Deutschland denkt nicht daran, diese Ziele mit anderen als vertraglichen Mitteln verwirklichen zu wollen.

Schon aus diesem Grunde kann die Erörterung solcher Ziele niemals den Anlaß oder den Vorwand für eine Unterdrückung der deutschen Minderheit geben. Nichts kann mir erwünschter sein,

als ein Vergleich zwischen der Lage der deutschen Minderheit in Polen und der polnischen Minderheit in Deutschland.

Ich glaube, daß die völlig freiwillige, an keinerlei Verträge gebundene großzügige Minderheitenpolitik n Deutschland, insbesondere auf dem Gebiet des Schulwesens, etwas anderes verdient, als wegen irgend welcher Einzelvorkommnisse verdächtigt zu werden. **Die polnische Presse genießt völlige Freiheit. Beschlagnahmen polnischer Zeitungen haben nicht stattgefunden.** Die polnischen Vereine bewegen sich in voller Freiheit. Die verantwortlichen Behörden des Gebietes schreiten schärfstens gegen jeden Uebergriff ein. Curtius wies darauf hin, daß die polnische Regierung in ihrem Gegen-Memorandum die **Maßnahmen mitgeteilt habe,** die sie bereits wegen der Vorkommnisse in Ostoberschlesien getroffen habe, wie gerichtliche Verfolgung einzelnen Personen, Disziplinarverfahren gegen pflichtwidrige Beamte sowie Erteilung einer Rüge an die Beamten, die den Aufruf gegen die Minderheiten unterzeichnet haben. Die polnische Regierung habe ferner in Aussicht gestellt, den Geschädigten Schadenersatz zu leisten.

Der Rat, so führte Dr. Curtius aus, wird zu prüfen haben, ob diese Zusicherungen als ausreichend anzusehen sind, um das geschehene Unrecht auch nur einigermaßen wieder gut zu machen. Aber auch, wenn auf diese Art für die Vergangenheit Sühne geschaffen worden ist, darf der Völkerbundsrat es dabei nicht bewenden lassen.

Wir haben auch dafür Vorsorge zu treffen, daß ähnliche Vorkommnisse sich in Zukunft nicht wiederholen.

Ich habe vorhin des Näheren dargelegt, worin die schwerste Gefahr für die Minderheit in Oberschlesien liegt —,

nämlich in der gesamten Aktivität des militärisch organisierten Verbandes der Aufständischen, der in engem Zusammenhang mit maßgebenden staatlichen Behörden steht und dessen Wirken eine ständige schwere Bedrohung der Minderheit darstellt.

Der Völkerbundsrat wird sich mit dieser Organisation und ihren Beziehungen zu den amtlichen Stellen eingehend befassen müssen.

Wenn nicht die schuldigen Beamten ohne Ansehen der Person rücksichtslos bestraft werden, wenn das System nicht geändert wird, und wenn nicht eine Gewähr für eine unparteiische Handhabung der Minderheitenschutz-Bestimmungen gegeben wird, wenn die ständige Bedrohung durch Verbände nicht beseitigt wird, deren Geist und Ziele zu dem vom Völkerbund proklamierten Grundsatz des Schutzes der Minderheiten in direktem Gegensatz stehen, so bleiben die Minderheiten immer wieder der Recht- und Schutzlosigkeit ausgesetzt.

Diesem Grundsatz entsprechend wird der Völkerbundsrat seine Maßnahmen zu treffen haben.

Zaleskis Antwort

Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen

Genf. Der polnische Außenminister Zaleski gab unmittelbar nach der Erklärung des deutschen Außenministers seinerseits eine Erklärung ab, in der er u. a. folgendes ausführte:

Es handelt sich hier bei den Beschwerden der deutschen Regierung gegen Polen nicht um einen isolierten Fall.

Die Ursache für die Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Mehrheit und der Minderheit

liegt in der Rede des deutschen Reichsministers Treviranus,

die in Polen einen allgemeinen Umschwung in der Stellung zu den Minderheiten herbeigeführt hat. Die Kampagne jenseits der polnischen Grenze für eine Rückgabe Oberschlesiens an Deutschland hat eine steigende Erregung und Unzufriedenheit geschaffen, und auf diese Stimmung sind die in den deutschen Noten erwähnten Vorgänge zurückzuführen. Die Minderheiten in Oberschlesien müssen jetzt vor ihren eigenen Beschützern geschützt werden.

Zaleski trat sodann den Ausführungen Dr. Curtius' entgegen, nach denen die Lage der polnischen Minderheit in Oberschlesien in keiner Weise mit der fortgesetzten Unterdrückung der deutschen Minderheit in Polen verglichen werden könne. Er suchte hierbei den Nachweis zu führen, daß die polnische Minderheit in Polen unter dem ausdrücklichen Schutze des Völkerbundes stehe. Diese Ungleichheit in der Behandlung der beiden Minderheiten sei höchst schädigend. Zaleski fährt dann fort:

Die polnische Regierung bestreitet nicht, daß sich unzulässige Vorfälle während der Wahlen ereignet haben. Sie sind jedoch allein auf die ungewöhnlich erregte Stimmung während der Wahlen zurückzuführen.

Die polnische Regierung hat bereits ein Strafverfahren gegen die Schuldigen eröffnet und ein Disziplinarverfahren gegen die schuldigen Beamten genommen. In einer Reihe von Fällen ist bereits das Urteil der Gerichte gefällt. Bei den Wahlkämpfen handelt es sich keineswegs um Kämpfe zwischen der Mehrheit und der Minderheit,

sondern um einen diesmal ungewöhnlich scharfen Kampf um die Revision der polnischen Verfassung.

Aus diesen ungewöhnlich scharfen Parteikämpfen heraus sind die Vorfälle zu erklären. Die deutsche Begründung für den Rückgang der deutschen Wahlstimmen infolge des polnischen Wahlterrors ist falsch. Gerade in den Bezirken, in denen keinerlei Vorfälle sich ereignet haben, sind die deutschen Wahlstimmen am schärfsten zurückgegangen. Man findet eine genügende Erklärung für die Vorfälle in Oberschlesien durch einen Vergleich mit den Wahlkämpfen in Deutschland, die auch außerordentlich leidenschaftlich gewesen sind.

Zaleski behauptet dann, es handele sich in der überwiegenden Mehrzahl aller Klagen um Fälle von ganz geringer Bedeutung, wie das Einschlagen von Fensterscheiben und erklärte dann: die Vorgänge sind übertrieben und entstellt worden. Der Versuch, glauben machen zu wollen, der starke Stimmenrückgang der Deutschen sei auf den polnischen Terror zurückzuführen, ist irreführend. Der Aufständischenverband ist keineswegs eine privilegierte Organisation.

Dr. Curtius kann aus seinen eigenen Erfahrungen mit dem deutschen Stahlhelm selbst wohl einiges darüber mitteilen, welche Rolle der Stahlhelm bei den letzten Reichstagswahlen gespielt hat.

Daraus darf aber nicht der Schluß gezogen werden, daß dieser Verband für die deutschen Wahlvorgänge verantwortlich ist. Der deutsche Stahlhelm betone mit besonderem Stolz,

daß der Reichspräsident von Hindenburg sein Ehrenvorsitzender ist.

Jedoch kann man wohl kaum den deutschen Reichspräsidenten für alle Handlungen des Stahlhelms verantwortlich machen. Der Aufständischenverband hat jetzt beschlossen, gegen die gegen ihn gerichteten Verleumdungen gerichtlich vorzugehen.

Die Vorfälle in Oberschlesien auf ihren wahren Tatbestand zurückgeführt zeigen, daß ihnen keinesfalls die von deutscher Seite beigemessene Bedeutung zukommt.

Die polnische Regierung hat bereits die Schuldigen bestraft und eine Entschädigung der tatsächlich Geschädigten geleistet.

Zaleski erklärte sodann, er könne dem Völkerbundsrat die Versicherung abgeben,

daß die Politik der polnischen Regierung eine endgültige Aussöhnung der deutschen Minderheit mit der polnischen Mehrheit mit allen Mitteln zu fördern suche.

Im Prinzip nehme er die Forderungen des Deutschen Volksbundes an, der die Bestrafung der Schuldigen, Entschädigung der Geschädigten und Aufhebung der Vorrechte des Aufständischenverbandes gefordert hatte. Zaleski behauptet, die Schuldigen seien bereits bestraft worden. Eine Entschädigung wäre bereits gewährt worden.

Ein Zusammenhang zwischen dem Aufständischenverband und der polnischen Regierung bestehe nicht.



Wechsel im amerikanischen Schatzamt

Nach Meldungen aus Washington beabsichtigt der amerikanische Staatssekretär des Schatzamtes (also nach europäischen Begriffen der Finanzminister), Andrew Mellon (rechts), zurückgetreten. Er steht im 77. Lebensjahre und ist — als Hauptinhaber des amerikanischen Aluminiumtrusts — einer der reichsten Männer der Welt. Als sein Nachfolger wird der Bankier Henry Robinson (links) aus Los Angeles genannt, der ein persönlicher Freund des Präsidenten Hoover ist.

Curtius widerlegt Zaleski

Das Material ist einwandfrei — Was Zaleski selbst zugibt

Genf. Reichsaußenminister Dr. Curtius nahm in der Nachmittagssitzung des Völkerbundsrates das Wort, um dem polnischen Außenminister Zaleski zu antworten. Curtius führte u. a. aus: Die Wahlentrechtung und Gewalttaten gegenüber den deutschen Minderheiten können durch eine Fülle von Tatsachen in allen Einzelheiten nachgewiesen werden. Es liegen 30 000 Einsprüche gegen die polnischen Wahllisten vor. Zaleski hat sich geirrt, wenn er annimmt, daß wir von 30 000 Wahlstreichungen gesprochen hätten. **Es ist höchst bemerkenswert, daß die polnische Regierung jetzt selbst 5000 Wahlstreichungen zugibt.** Hierdurch werden blitzartig die ganzen unmöglichen Verhältnisse in Oberschlesien beleuchtet, in denen es möglich ist,

die Frage der nationalen Zugehörigkeit zur Grundlage von Entrechtungen zu nehmen.

Die deutsche Regierung legt der Tatsache entscheidende Bedeutung bei, daß unter Duldung und

sogar Hilfe der Behörden bei den Wahlen Terror- und Gewaltmaßnahmen stattgefunden haben.

Ferner liegen eindeutige Beweise vor, daß statt der gesetzlichen und geheimen Stimmenabgabe unter dem Druck der Behörden und der verschiedenen Verbände offene Wahlen erzwungen worden sind. Zum Beweis dieser Tatsache verliest Curtius eine Reihe von Drohbriefen verschiedener Verbände an die deutschen Wähler, in denen die deutschen Minderheitsangehörigen zur offenen Wahl gezwungen worden sind. Unter diesen Umständen war, so betonte Curtius,

eine freie Wahl selbstverständlich überhaupt nicht möglich.

Hierdurch allein erklärt sich der Rückgang der deutschen Stimmabgabe. Noch in den Wahlen vom Mai 1930 hat die deutsche Minderheit über 190 000 Stimmen verfügt, während für sie im November 1930 bei den Sejmwahlen nur 90 000 Stimmen abgegeben worden sind. Dieser außerordentliche Rückgang der deutschen Wahlstimmen findet seine Erklärung

nur durch den Terror, der von polnischer Seite bei den Wahlen geübt worden ist.

Die polnische Regierung hat

selbst den Beweis für die Terrormaßnahmen erbracht, indem heute der polnische Außenminister auf die zahlreichen gegen polnische Beamte eingeleiteten Strafverfahren hingewiesen hat.

Eine große Zahl ausländischer Pressevertreter haben im gesamten Bereich Polens erschreckende Tatsachen festgestellt.

Dr. Curtius unterstrich im weiteren Verlauf die völlig andere Lage, in der sich die polnische Minderheit in Deutschland befindet. 51 polnische Minderheitsschulen seien von deutscher Seite geschaffen worden, von denen jedoch nur 28 benutzt würden und 23 leer stünden.

Die Wahl in den deutschen Minderheitsgebieten vollziehe sich völlig frei, nirgends gebe es in Deutschland einen Ort, wo bewaffnete Aufständische die Durchführung der Wahl kontrollieren.

Ich habe zunächst keinen Anlaß gehabt, die in diesem Zusammenhang stehenden grundsätzlichen politischen Fragen aufzuwerfen

jedoch habe ich mich nicht gescheut offen zu erklären, wie Deutschland über das unerträgliche Unrecht an den deutschen Ostgrenzen denkt.

Durch das Unrecht im Osten wird die allgemeine Atmosphäre vergiftet, nicht durch die Reden des deutschen Ostministers. **Briand hat mit Recht jedoch bereits einmal erklärt, daß der Völkerbund verpflichtet ist, offen auch unbequeme Frage zu behandeln.**

Ich bin durchaus bereit, in Uebereinstimmung mit dem polnischen Außenminister die gesamten politischen Hintergründe dieser Frage zu behandeln und werde hierbei eine Fülle von Einzelheiten

über den Entdeutschungsprozeß der polnischen Regierung geben können.

Ich nehme mit Befriedigung davon Kenntnis, daß der polnische Außenminister

eine Verletzung der Minderheitenbestimmungen der Genfer Konvention anerkannt, ein Strafverfahren gegen die schuldigen Beamten eingeleitet hat und sich zum Ersatz des Schadens der geschädigten Angehörigen der deutschen Minderheit bereit erklärt.

Von entscheidender Bedeutung ist aber jetzt für die deutsche Regierung, daß in Zukunft derartige Dinge unmöglich werden. In diesem Zusammenhang muß die Gesamtorganisation des Aufständischenverbandes behandelt werden. Die bevorstehende Entscheidung des Völkerbundsrates muß der deutschen Minderheit Gewähr geben,

daß der Völkerbundsrat der Hort der Minderheiten ist.

Zaleski zur Curtius' zweiter Rede

Genf. Auf Curtius zweite Rede erwiderte sofort der polnische Außenminister Zaleski. Die Erwiderung fiel aber ungewöhnlich schwach aus. Auf Curtius' schwere Angriffe gegen den Wojewoden Grazynski, dessen Person Dr. Curtius in den Mittelpunkt seiner Anklagen gestellt hatte,

bleibt Zaleski die Antwort schuldig.

Eine Erwiderung auf die schroffe Zurückweisung der Erwähnung des Reichspräsidenten von Hindenburg durch Curtius war Zaleski gleichfalls nicht möglich. Der polnische Außenminister begnügte sich mit dem Hinweis, daß die deutschen schlesischen Gerichte eine polnische Minderheitenschule mit der Begründung geschlossen hätten, sie sei gegen den preußischen Staat gerichtet. Die Revisionsinstanz habe das Urteil jedoch aufgehoben. Dies zeige, daß auch in Deutschland Irrtümer bei unteren Instanzen vorkämen.

Die Sitzung wurde darauf abgebrochen und die weiteren Verhandlungen auf Donnerstag vormittag vertagt.

Die Weiterbehandlung der Oberschlesien-Beschwerde in Genf

Genf. Man erwartet, daß nunmehr in der nächsten Ratssitzung am Donnerstag vormittag der englische Außenminister Henderson als Präsident des Rates sowie der französische und italienische Außenminister Briand das Wort ergreifen werden. Hiernach wird die allgemeine Aussprache zunächst geschlossen und formell der Berichterstatter, der japanische Botschafter, ersucht werden, dem Völkerbundsrat Vorschläge für die Regelung der Frage zu unterbreiten. Sodann werden die eigentlichen entscheidenden Verhandlungen hinter den Kulissen einsetzen, in denen die Entscheidung tatsächlich fallen wird. Man hält es unter Umständen nicht für möglich, daß der Völkerbundsrat seine Tagung, wie sonst üblich, in der ersten Woche bereits abschließt. Man muß vielmehr mit der Ausdehnung der Ratsverhandlungen auf die nächste Woche rechnen.

Der Eindruck der Curtius-Rede

Genf. In ausländischen Kreisen wird die große Rede des deutschen Außenministers, die die Verhandlungen des Völkerbundsrates über die oberschlesische Frage eröffnet, als gemäßigt und ruhig sowohl in der Form des Vortrages als auch dem Inhalte nach bezeichnen. Man stellt allgemein fest, daß die deutsche Regierung in ihren Erklärungen nicht eine internationale Untersuchungskommission des Völkerbundes gefordert hat, ferner daß die grundsätzlichen deutschen Forderungen am Schluß der Rede in vorsichtiger, allgemeiner Form erwähnt, jedoch nicht als ein offizieller Antrag vorgebracht worden sind. Die entscheidende Wirkung der Rede wird durch den Tatbestand und die Enthüllung der tatsächlich unglaublichen Vorgänge und des Terrors in Oberschlesien hervorgerufen. Man beurteilt die Rede übereinstimmend dahin, daß es der Reichsregierung zunächst darauf ankam, einwandfrei die Verantwortlichkeit der polnischen Regierung festzustellen, ohne jedoch zugleich durch Formulierung praktischer Anträge und Forderungen die Verhandlungen zu eröffnen.

Niederlage der englischen Regierung

London. Die englische Regierung hat bei einer Abstimmung über einen Antrag bei der zweiten Lesung des Schulgesetzes mit 282 gegen 249 Stimmen eine Niederlage erlitten. Die Bekanntgabe der Niederlage der Regierung rief im Unterhaus einen wahren Tumult hervor. Rufe zum Abdanken erklangen von den Sitzen der Konservativen. Nachdem die Ruhe wieder hergestellt war, erklärte Macdonald, daß der Antrag keine grundsätzliche Frage berühre.



(Schluß.)

Und wieder verging eine Nacht. Eine Nacht, in der Evelynes Entschluß reif wurde — eine Nacht, in der ihr Stolz klaglos unterging —

So geschah es, daß Leo zu seiner grenzenlosen Ueberraschung die tolle Miß vor sich sah, als er sich in der Frühe des Morgens zum Kampfplatz — einer einsamen Stelle im Park — begeben wollte.

„Sie hier?“ Ein heißer Blick begleitete seinen verwunderten Ausruf.

Sie nickte hochatmend.

„Sie wollen sich duellieren, Baron?“

„Ah, Paulsen hat nicht dicht gehalten!“

„Das Duell wird nicht stattfinden!“ hauchte sie. „Ich will es nicht! Was fällt Ihnen überhaupt ein, sich meinetwegen zu schlagen? Treten Sie zurück, ich befehle es Ihnen, hören Sie?“

Da huschte es schon wieder über sein Gesicht — sein feines, überlegenes Lächeln.

Ihr versagte die Stimme.

Dafür sprach er leise: „Das Duell findet statt. Selbst ein Bummelbaron weiß, wie er die Ehre einer Dame zu verteidigen hat. Oder fürchten Sie, ich könnte etwa durch einen unglücklichen Ausgang des Duells den nachdrücklichen H... en Ihrer Reitpeitsche entgehen?“

Da stand sie und sah ihn zitternd an. Nicht mehr als die gebieterische Amazone, sondern als ein schwaches, ein furchtsames Weib. Ein Weib, das um ein Menschenleben bebte. Um sein Leben!

Wie glühende Lava ergoß es sich in Leos Brust. Herrgott, jetzt handeln!

Aber er beherrschte sich und zog ein verschlossenes Schreiben aus der Tasche.

„Mein Geständnis von vorgestern abend haben Sie zerrissen, Miß Keßler. Hier habe ich es noch einmal aufgeschrieben —“

Sekunden später hielt sie das Schriftstück in den zuckenden Händen, fetzte den Umschlag ab und jagte die fiebrigen Augen über das eng beschriebene Papier — dem Papier, auf dem er ihr seine leidenschaftliche Liebe gestand, offen und rückhaltlos — wie ein glühend heißer Samum gingen seine innigen Worte über sie hinweg, alle Bedenken mit sich reißend —

Wie ein Taumel kam es über sie. Sie hob die Augen — und glaubte nicht recht zu sehen, als sie den Platz, auf dem er gestanden, leer fand.

Er war gegangen — zum Duell gegangen!

Sie hetzte aus dem Hause und lief über den kurzgeschorenen Rasen dem rückwärtigen Teil des Parkes zu.

Weit kam sie nicht.

Grell und peitschenknallartig klangen zwei rasch aufeinanderfolgende Schüsse an ihr Ohr.

„Leo!“ schrie sie auf. Und dann noch einmal „Leo!“

Dann sank sie zu Boden. Eine wohltätige Ohnmacht umfing ihre Sinne.

Wie lange sie bewußtlos gewesen — sie wußte es nicht. Nur eines sah sie, als sie wieder zu sich kam: Leos gebräuntes Antlitz, das sich sorgend über sie neigte.

„Evelyne!“ flüsterte er. „Gottlob, daß Sie wieder zu sich kommen! Es ist ja nichts geschehen. Beide Kugeln gingen in die Luft. Und dort — sehen Sie ihn — dort steht Ringmann! Wir haben uns schon wieder versöhnt. Jetzt brennt der Bursche darauf, auf Gut Holdenbach zu kommen, wo eine gewisse Liesel auf ihn wartet! Aber — aber so weinen Sie doch nicht, Miß Keßler — bitte, bitte —“

Er beugte sich tiefer zu ihr herab.

„Evelyne!“ flüsterte er heiß. „Haben Sie alles gelesen? Können Sie mir verzeihen?“

Da stahl sich ein Lächeln auf ihre Züge.

„Evelyne!“ jauchzte er. „Meine einzig geliebte, süße Evelyne!“

Da schlang sie ihre Arme um seinen Nacken und flüsterte selig lächelnd seinen Namen, und ihre Lippen fanden sich zum ersten Kusse —

*

An dem Tage, an dem aber drüben auf Schloß Brendnitz Johann glückstrahlend mit Susi vor den Altar der kleinen Kapelle trat, fand auch auf Gut Holdenbach eine Doppelhochzeit statt. Neben den überglücklichen Brautpaaren gab es jedoch noch eine Persönlichkeit, die im siebenten Himmel schwebte. Das war Doktor Paulsen, der Frau Werkmeister nicht nur von allem Anfang an reizend gefunden, sondern der sie heute auch zur Feier des Tages als Tischdame erhalten hatte und schon im Geiste jubilierend ein Inserat aufsetzte, das unbedingt — so es Gott Amor befürwortete — in nicht allzu ferner Zeit im Stadtblatt erscheinen und den Wortlaut führen sollte:

Anastasia Werkmeister geb. Keßler
Dr. Paulsen, Tierarzt
Verlobte.

— Ende —

Humor.

Unangenehmes Mißverständnis. Der Witwer: „Also, Paulchen, ich muß dir eine Neuigkeit erzählen. Unsere Wirtschafterin, Fräulein Svenson, heiratet.“ — Paulchen: „Na, Gottseidank, da sind wir das alte Reibeisen los.“ — „Sie heiratet, hm, nämlich mich.“ —

Das feine Taschentuch. Der Verkäufer: „Gnädige Frau, dieses Taschentuch ist so fein, daß man das Gefühl hat, wenn man sich die Nase damit schnaubt, man putze sie sich unmittelbar in die Finger.“ —

Der Bankdirektor. „Sie machen ja so ein verdrießliches Gesicht; hatten Sie Pech an der Börse?“ — „Na, und ob! Der heutige Tag kostet mich 360 000 Mark, und davon waren ungelogen über 100 Mark mein [illegible].“

Pleß und Umgebung

Errichtung von Mütterberatungsstellen im Kreise Pleß.

Während in den meisten Städten der Industriegemeinden Oberschlesiens schon längst Mütterberatungsstellen jahrelang mit vollem Erfolge tätig sind, befindet sich im großen Kreisen Pleß außer in Pleß selbst nicht eine einzige Stelle zur kostenlosen Beratung von Müttern und Hilfeleistung für kleine Kinder. Um dem Uebelstande abzuhelfen hatte der Landrat des Kreises, Dr. Jarosz, die Bürgermeister der Städte und Vorstände der größeren Dorfgemeinden zu einer gemeinsamen Sitzung einberufen die im Beratungssaale des Kreisausschusses in Pleß abgehalten wurde. Sämtliche Herrn waren der Einladung gefolgt und nahmen mit höchstem Interesse die Vorschläge des Starosten zur baldigen Errichtung von Mütterberatungsstellen auf. Noch vor Schluß der Sitzung erklärten sich die Bürgermeister von Nikolai und Alt-Berun, ferner die Gemeindevorsteher von Lazisk, Tichau und Petrowitz bereit sich für die bald mögliche Eröffnung von Stellen in ihrem Verwaltungsbezirk einzusetzen. Zur Deckung der mit der Einrichtung verbundenen Ausgaben will die Wojewodschaft Subventionen zahlen. Die Gemeinden hätten dann bei den Etatsberatungen unter der Position Wohlfahrtspflege, einen bestimmt monatlich auszuwerfenden Betrag für die Unterhaltung einzusetzen. Schließlich wendet sich der Landrat an die Gesellschaft, sie möge den Gemeindeämtern nach Möglichkeit an die Hand gehen und durch freiwillige Gaben das oft bittere Los der kinderreichen Mütter erleichtern und erträglicher gestalten.

Schwerer Skiunfall.

Ein schwerer Skiunfall ereignete sich am Dienstag, nachmittags am Eiskeller im Fürstlichen Park. Alle Altersklassen der hiesigen Schulanstalten vergnügten sich mit Ski und Rodelfahren. Es herrschte ein fröhliches Treiben auf der guten Bahn. Einer der Grafen Zamoiski, welcher dem Skisport huldigte, sprang mit den Stöcken in der Hand und verletzte sich beim Fall durch die Stöcke außerordentlich schwer am Kopf. Erst im Johanniterkrankenhaus, wohin man ihn auf Handschlitten brachte, erlangte er das Bewußtsein wieder.

Verteilung von Kohle.

Der Stadtverwaltung ist ein größerer Posten Kohle zur Verteilung an Arbeitslose und Arme überwiesen worden. Vorgenannte wollen sich bis zum 23. d. Mts., in der Zeit von 12—14 Uhr, im Zimmer 2 des Rathauses melden.

Familienabend.

Der evangelische Männer- und Jünglingsverein veranstaltet am Sonntag, den 25. d. Mts. in den Sälen des Plesser Hofes einen Familienabend. Neben turnerischen Vorführungen, Gesängen des Kirchenchores wird Gelegenheit geboten in einem Preisschießen wertvolle Gewinne zu erwerben. Nach den Aufführungen tritt der Tanz in seine Rechte.

Evangelischer Kirchenchor.

Freitag, den 23. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im „Plesser Hof“ eine Chorprobe statt.

Tichau.

Um die Nachfolge des Prälaten Kapitza. Die seit dem Tode des Prälaten Kapitza verwaiste Parochie Tichau, soll demnächst einen neuen Leiter bekommen. Dem Vernehmen nach soll die Nachfolge der Dekan Kulig, derzeit Pfarrer in Orzesche, in Kürze antreten.

Nikolai.

Wichtig für Pferdebesitzer. Bis zum 1. Februar sind im Magistrat alle Hengste ohne Lizenz zur Besteuerung anzumelden. Steuerfrei sind alle Tiere unter 3 Jahren, außer Rennpferden. Bis zum 1. April sind an die Stadtkasse 50 Zloty für jedes zu besteuernde Tier abzuführen. Versäumte Meldung und Zahlung werden nach den hierfür vorgesehenen Bestimmungen empfindlich geahndet.

Aus dem Innungsleben. Am kommenden Sonntag, den 25. d. Mts., treten die Mitglieder der Fleischer- und Wurstmacherinnung zur Abhaltung der fälligen Generalversammlung zusammen. Die Beratungen beginnen nachmittags um 3 Uhr im Lokal Adamek.

Mokrau.

Blinder Passagier erwischt. Der aus Kattowitz stammende Jacenty L. hatte in Mokrau geschäftlich zu tun. Dortwar ihm jedoch das Geld ausgegangen, daher beschloß er die Rückfahrt nach Kattowitz als blinder Passagier zu unternehmen. Hierbei wurde er aber erwischt und von den Kontrollbeamten festgehalten weil er völlig ohne Barmittel war. Die Angelegenheit wurde dem Gericht übergeben.

Ober-Lazisk.

Tödlicher Verkehrsunfall. In der Nähe der Bahnstation Mokrau fuhr der Rybniker Kreisarzt Bialy in seinem Kraftwagen die Chaussee Kattowitz-Rybnik entlang, als er auf eine mitten im Weg leblos liegende Mannesperson stieß, die er aufnahm und sofort in das Nikolaier Spital überführte. Die dort vorgenommene Obduktion ergab, daß der Unbekannte vor mehreren Stunden von einem Kraftwagen so unglücklich überfahren worden ist, daß der Tod infolge Schädelbruchs auf der Stelle eingetreten sein muß. Nach den polizeilichen Ermittlungen handelt es sich bei dem Toten um den 25jährigen Arbeiter Hermann Regula aus Ober-Lazisk. Nach dem Kraftwagen, der den tödlichen Unfall herbeigeführt hat, wird eifrig gefahndet.

Krassow.

Der Gemeindekrieg in Krassow.

Krassow ist ein kleiner, friedlicher Ort des Kreises Pleß. Stets herrschte die beste Harmonie unter der Bevölkerung, man war es seit langen Zeiten nicht anders gewöhnt. Nun sind die Verhältnisse seit Einführung des Sanacjaregimes in Oberschlesien ganz anders geworden. Die Sanacja beherrscht die Mitte des Dorfes, den östlichen Teil Korfanty und den westlichen die Minderheit und die Sozialisten. Bei der letzten Gemeindevertretersitzung wurde beschlossen, die Straße in der Mitte des Dorfes auszubessern. Trotzdem gerade im westlichen Teil die Straßen im höchsten Maße herabgefahren sind, wurde es abgelehnt, dort die bessernde Hand anzulegen. Es wurden sogar Stimmen laut, daß die Deutschen dort die Knochen brechen könnten. Dagegen erhielt der Aufständischenverband prompt die nachgesuchte Subvention. Dafür hätten die Arbeitslosen mit Frühlingsbeginn die Gräben auswerfen können, damit das schmutzige Wasser von der Straße endlich einmal einen Abfluß erhält. Gegen eine Kommunalwirtschaft, die von wenig produktivem Geist zeugt, erhoben die Deutschen und Korfantyanhänger Protest, dem sich auch der Ortspfarrer angeschlossen haben soll. Es wurde eine Kommission gewählt, die zum Plesser Landrat fahren soll, um dort Protest geht die derzeitigen Zustände in der Gemeinde zu erheben. Indessen geht die Sache noch weiter. Die Bauern des westlichen Teiles der Ortschaft verlangen die Eingemeindung nach Wesola. Die dortige Gemeindevertretung soll sich bereits verpflichtet haben, im Falle der Eingemeindung die Straßen sofort in Ordnung bringen zu lassen. Außer der Straßenmisere bestehen natürlich noch verschiedene wunde Punkte, von denen man sich durch die Eingemeindung Abhilfe verspricht. Man darf jedenfalls auf die weitere Entwicklung dieses Gemeindekrieges in Krassow gespannt sein.

Der Strafprozeß gegen „Dolomity Slonskie“

6 Mitglieder der „Spólka“ unter Anklage — Sind Bauspenden von 700 000 Zloty tatsächlich verschleudert worden?

Viel Staub aufgewirbelt hat s. Zt. die Angelegenheit „Dolomity Slonskie“. Es wurde damals viel darüber berichtet, daß das Kathedral-Baukomitee in Kattowitz durch einige betrügerische Ingenieure dieser Dolomitwerke um beträchtliche Summen, die als Kredite vorgestreckt worden sind, geschädigt worden ist. Insgesamt sollte es sich um die Summe von 700 000 Zloty handeln, die auch im Anklageakt angeführt wird. Diese interessante Verhandlung, deren Ausklang seitens eines Teiles der schlesischen Bevölkerung mit größtem Interesse verfolgt wird, wurde erstmalig am Dienstag d. Woche vor dem Landgericht Kattowitz angesetzt. Es sind angeklagt: **Baumeister Lucjan Liersz aus Königshütte, Professor Juljusz Kuzniak aus Zombkowitz, Buchhalter Wladislaus Kosiek aus Kattowitz, Industrieller Josef Borowski, Königshütte, Bergingenieur Stefan Brodzinski, sowie Techniker Cyprian Brodzinski aus Dombrowa Gornicza. Mitangeklagt ist ferner der Kaufmann David Pradelski aus Dombrowa Gornicza.**

Wie es sich aus dem Anklageakt ergibt, sollen die ersten sechs Beklagten

zum Schaden des Kathedral-Komitees die an die Spolka „Dolomity Slonskie“ gewährten Kredite in Höhe von 700 000 Zloty nicht für die vorgesehenen Zwecke verwendet, sondern nur eigene Vorteile im Auge gehabt haben.

Die Täuschung soll dadurch erfolgt sein, daß mit falschen, bezw. unwahren Behauptungen operiert wurde. So wurde angeblich vorgetäuscht, daß die Spolka „Dolomity Slonskie“ mit einem Stammkapital von 60 000 Zloty gegründet sei und die Kredite zur Mechanisierung des Steinbruchbetriebes in Imielin unbedingt erforderlich wären, um dann rasch und ohne Unterbrechung die Gesteinsmassen anliefern zu können. Weiter spricht der Anklageakt von einem herbeigeführten Bankrott.

Trotz Festsetzung der Konkursmasse sollen dann noch insgesamt 102 440,68 Zloty von den Angeklagten entnommen worden sein. Neben weiteren Anwürfen wird den Angeklagten noch zur Last gelegt, die Geschäftsbücher nicht ordnungsmäßig geführt und den Versuch unternommen zu haben, einen Gläubiger, nämlich den siebenten Angeklagten anderen Gläubigern gegenüber von vornherein sicherzustellen.

Es wurde dem Pradelski eine Bescheinigung über angeliefertes Schmalspurgleis in einer Menge von 2000 Metern, ausgestellt. Der Gegenwert sollte von der Konkursmasse abgesetzt werden, da die Anlieferung laut Bescheinigung unter Vorbehalt des Eigentumsrechtes bis zur endgültigen Begleichung der vereinbarten Kaufsumme, erfolgt sein soll.

Das Verhör der einzelnen Angeklagten war sehr langwierig Zusammenfassend ist hierüber folgendes zu berichten: Die ersten sechs Angeklagten galten gewissermaßen als Mitglieder der „Spolka Dolomity Slonskie“. Es war dies eine Interessengemeinschaft zwischen den zwei Firmen Baumaterialienlager Liersz i Ska in Königshütte und Aleksandra in Imielin. Hauptvertreter der Firma Aleksandra war der mitangeklagte Juljusz Kuzniak Das eigentliche Betriebskapital für die Firma Liersz i Ska stellte der Baumeister Liersz zur Verfügung, der sich ebenfalls für die neugegründete „Spolka Dolomity Slonskie“ betätigte, gleichwohl über die Aufgaben und Tätigkeit der übrigen Mitglieder der Spolka, das heißt der Mitangeklagten, vor Gericht keine erschöpfende Auskunft erteilen konnte.

Der Richter machte daher auch die Feststellung, daß es bei diesem immerhin fragwürdigen Unternehmen 6 Direktoren gab, da ja jeder nach eigenem Ermessen sich betätigte. Es zeigte sich dann weiter, daß die Angeklagten mehrere Monate hindurch und zwar bis zur Liquidierung dieser „Spolka“ Monatsgehälter von 2000 Zloty bezogen hatten. Selbst der kaufmännische Angestellte, der die buchhalterischen und anderen Arbeiten versah, steckte ein derart hohes Gehalt ein.

Die Angeklagten, welche grundsätzlich irgendwelche betrügerische Manipulationen von vornherein in Abrede stellten, gaben an, daß sie eine Reihe von Monaten gar keine Entschädigung entgegengenommen hätten, da es erst abzuwarten galt, wie sich das Unternehmen rentieren würde. Bei den augenscheinlich hohen Gehältern handelte es sich zugleich um Vergütung der vorher geleisteten, unentgeltlichen Arbeitsleistung. Man gewann bei dem Verhör den Eindruck, daß mit dieser Spolka doch nicht alles seine Richtigkeit hatte und zumindestens etwas leichtsinnig gearbeitet wurde. Der Buchhalter beispielsweise hatte gleichzeitig die Befugnis wegen Bewilligung weiterer Kredite zu verhandeln. Dann wurden nach

den Ausführungen der Sachverständigen die Bücher sehr unübersichtlich geführt. Es fehlten für eine Reihe von Zahlungen die erforderlichen Belege. Als Repräsentationsgelder, Reisespesen usw. wurde ein besonderer Betrag eine Gesamtsumme von 50 000 Zloty eingetragen. Die Mechanisierung des Steinbruchbetriebes erfolgte in einer umfassenden Weise, das heißt, es wurde zuviel Betriebskapital aufgebraucht, welches in keinem Verhältnis zu dem erteilten Auftrag stand, der die Anlieferung von Gesteinsmassen betraf.

Nach Gutachten des Ingenieurs Gorecki aus Krakau hätte sich die Sache selbst bei einem Auftrag lautend auf 5 Millionen Zloty noch sofort realisiert. Die Amortisation hätte allenfalls nach Ablauf von 3 bis 4 Jahren erfolgen können. Danach wurde auch die Behauptung der Angeklagten ziemlich hinfällig, wonach sie mit der etappenweisen Zuweisung des Gesamt-Auftrages in Höhe von 3 Millionen Zloty gerechnet hätten. Es zeigte sich jedenfalls, daß man mit den vorgestreckten Krediten nicht wirtschaftlich genug umging.

Hinsichtlich des Kreditgebahrens seitens des Kathedralkomitees ist allerdings zu sagen, daß die Gelder stets gegen entsprechende Sicherheiten vorgestreckt wurden. Es erfolgte schließlich neben Sicherheitsleistungen gegen Wechsel, sowie Vereinbarung auf hypothekarischem Wege die Uebereignung des gsamten Steinbruchbetriebes. Nach einiger Zeit wurde nach vorhergehenden anderen Sitzungen eine Konferenz beim Sejmmarschall anberaumt, wo man das Konsortium der „Spolka Dolomity Slonskie“ wissen ließ, daß man den Betrieb unter Aufsicht stellen und damit einen Liquidator betrauen werde. Bald danach wurde die Konkursmasse festgesetzt, die auf insgesamt 250 000 Zloty veranschlagt wurde. Nun sollen aber in verschiedenen Fällen Objekte von vielen Tausenden von Zloty unter recht minimalen Beträgen in der Konkursmasse eingesetzt worden sein. Ein Angeklagter erklärte, daß alle Wellblechgebäude auf der Anlage einem Wert von 81 000 Zloty entsprochen hätten, aber nur mit 50 Zloty in die Konkursmasse aufgenommen worden sind. Es hat somit den Anschein, als ob die Bischöfliche Kurie bezw. das Baukomitee diesmal noch so einigermaßen glimpflich davongekommen ist. Nähere, interessante Aufschlüsse dürfte jedenfalls die nächste Verhandlung in dieser Prozeßsache ergeben, welche auf den morgigen Freitag angesetzt wurde.

Sportliches

Vom oberschlesischen Schwerathletikverband.

Die Generalversammlung des Verbandes findet am kommenden Sonntag, 10 Uhr vormittags, in der Erholung in Kattowitz statt. — Am 21. und 22. Februar werden die Ausscheidungskämpfe für die diesjährigen Europameisterschaften im Ringen, die in Prag stattfinden, durchgeführt. Die Kämpfe in drei Gewichtsklassen werden in Kattowitz die restlichen in Friedenshütte ausgetragen. Anfang März findet der Ringerländerkampf Polen — Oesterreich in Krakau statt Die polnische Mannschaft, die wird noch rechtzeitig bekantgegeben, wird sich hauptsächlich aus oberschlesischen und Warschauer Kämpfern zusammensetzen. f.

Aus der Wojewodschaft Schlesien

Der Kriegsminister über die „Offiziersehre“

Der Kriegsminister, Konarzewski, ließ in allen Militärämtern und vor den einzelnen Militärabteilungen einen Befehl folgenden Inhalts verlesen:

„Angesichts der Angriffe eines Teiles der Presse gegen die Offiziere, die den Dienst in dem Spezialuntersuchungsgefängnis in Brest verrichtet haben, wandten sich die Offiziere an den Leiter des Kriegsministeriums und verlangten die Einleitung der gerichtlichen Untersuchung gegen sie. Der Leiter des Kriegsministeriums hat das Ansuchen abgelehnt, weil die erwähnten Offiziere in **Uebereinstimmung mit der Gefängnisordnung und nach den ihnen erteilten Befehlen gehandelt haben!** Der Leiter des Kriegsministeriums ist der Ansicht, daß die Vorwürfe der unehrenhaften Handlung, die den Offizieren vorgehalten wird, völlig unbegründet sind“.

Da haben wir es also und können daraus ersehen, daß die Brester Aufseher „ehrenhaft“ gehandelt haben. Weder ehrengerichtliche, noch disziplinare Untersuchung wird gegen diese „Ehrenmänner“ eingeleitet. Das ist wohl die Antwort auf die Brester Interpellation im Warschauer Sejm.

Wojewodschaftspersonalie

Laut Dekret des schlesischen Wojewoden wurde der Abteilungsleiter beim schlesischen Wojewodschaftsamt, Wladislaus Nowack, in der gleichen Eigenschaft nach der Wegebaudirektion in Krakau versetzt.

Versicherungspflicht im Falle der Arbeitslosigkeit

Nach einer Mitteilung der Kattowitzer Handwerkskammer sind laut einer neuesten Verfügung des schlesischen Wojewodschaftsamtes alle diejenigen Lehrlinge, deren Lehrvertrag vorschriftsmäßig in der Innungsstammrolle und in der Stammrolle der Handwerkskammer eingetragen ist, von der Zahlung der Versicherungspflicht befreit. In einem solchen Falle brauchen die Arbeitgeber bezw. der Lehrling keine Versicherungsbeiträge zahlen. Falls der Lehrling jedoch in der Handwerker-Stammrolle nicht figuriert, gilt dieser als Arbeiter, weshalb, laut den geltenden Bestimmungen, die Unternehmer und der Lehrling Versicherungsbeiträge für den Fall der Arbeitslosigkeit zahlen müssen. Zu entrichten sind seitens des Unternehmers 1,8 Prozent und seitens des Arbeitnehmers 0,2 Prozent.

Der Dudek-Prozeß vor dem Appellationsgericht in Warschau

Wir erfahren, daß die gerichtliche Verhandlung vor dem Appellationsgericht in Warschau, in dem bekannten Dudekprozeß, im Februar stattfinden wird. Dudek wurde bekanntlich in Kattowitz zu 1 Jahr Festung verurteilt und legte gegen dieses Urteil Berufung ein.

Eine weitere Belastung der Einwohnerschaft?

Der Städteverband hat sich an die Magistrate und Gemeindevorstände gewandt, zwecks Uebersendung einer Liste mit den Angaben, wieviel für die Heilung erkrankter Ortsarmen aus den Kommunalkassen ausgezahlt werden. Diese Unterlagen werden dem Innenminister übersandt, der eine Verordnung ausarbeitet, wonach die Magistrate und Gemeindevorstände das Recht zugesprochen erhalten sollen, besondere Ausgaben zur Kostendeckung für die Heilung der Ortsarmen von der Einwohnerschaft zu erheben. Uns scheint, daß diese Maßnahme überflüssig geworden ist, da die einzelnen Kommunen sämtliche Lasten der Armenfürsorge tragen müssen, und diese nur von den Steuerzahlern gedeckt werden.

Die falschen Fünf-Zloty-Münzen

Des öfteren kommt es in Geschäften und öffentlichen Lokalen zu Auseinandersetzungen über die infolge des schlechten Klanges angeblich falschen Fünf-Zlotymünzen. Wie amtlich mitgeteilt wird, soll es falsche Fünf-Zlotymünzen nur in ganz geringer Menge geben und sind diese für jedermann im ersten Augenblick erkenntlich. Es fehlt ihnen der Silberglanz und das richtige Gewicht; sie sind nämlich bedeutend leichter als die echten Münzen. Die Ansicht, daß die nichtklingenden Münzen gefälscht sind, ist irrig. Eine bestimmte Serie, die in Belgien geprägt wurde, ergeben keinen vollen Klang und zwar deswegen, da infolge des zu schwachen Druckes der Presse im Innern der Münze hohle Stellen entstanden sind, oder aber auch infolge zu starken Druckes die Mitte derselben unsichtbare Risse aufweist. Daher nur rührt

der nicht ganz helle Klang. Die Filialen der Bank Polski tauschen jedoch solche Münzen gegen gut klingende ein und entziehen sie dem Verkehr. Andere „Münzenkenner“ machen die Echtheit der Fünf-Zlotymoneten von einem Punkt, der sich unterhalb der Figur befinden soll, abhängig. Auch diese Ansicht ist irrig, da die Münzen mit dem fraglichen Punkt in Posen, ohne diesen Punkt aber in Belgien geprägt worden sind. Legen wir zwei Münzen aufeinander, so bemerken wir, daß die Aufschrift auf der Umrandung nicht immer die gleiche Richtung inne hat. Bei manchen Münzen läuft sie von links nach rechts, bei anderen wieder in umgekehrter Richtung. Auch diese Tatsache ändert nichts an der Echtheit der Münzen.

Sprechstunden beim Kattowitzer Eichamt

Die Direktion des Eichamtes in Kattowitz am Ring 9, hat die Sprechstunde für Interessenten täglich auf 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags festgesetzt. Das Eichamt wurde am 30. Dezember v. J. aus Königshütte nach Kattowitz verlegt.

Brest vor dem Kattowitzer Gericht

Vor dem Sond Grodzki in Kattowitz war der Redakteur der „Gazeta Robotnicza“ wegen Beschreibung der Mißhandlungen der Parteiführer in Brest angeklagt. Der angeklagte Redakteur hat Ladung von Zeugen beantragt. Als Zeugen sollten Abg. Liebermann und Korfanty geladen werden. Das Gericht hat dem Antrage auf Ladung der Zeugen stattgegeben. Der gerichtliche Beschluß war von weitgehender Bedeutung, denn er bot die Möglichkeit, die Behandlung der Gefangenen in Brest-Litowsk gerichtlich unter Eid festzustellen. Eine solche Feststellung war wahrscheinlich nicht erwünscht, denn im letzten Moment wurde durch Beschluß des Gerichtes, die Zeugen zu vernehmen, aufgehoben. Trotz alledem wurde der Redakteur der „Gazeta Robotnicza“ freigesprochen. Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß in dem, unter Anklage stehenden Artikel, nichts Strafbares vorhanden ist und kam zum Freispruch Das Urteil ist zweifellos sehr interessant, auch in juristischer Hinsicht.

Kattowitz und Umgebung

Das brennende Auto. Auf der Gieschewalder Chaussee geriet das Personenauto der Firma Schwimmer aus Kattowitz in Brand. Der Kraftwagen wurde zum größten Teil vernichtet. Der Sachschaden steht z. Zt. nicht fest.

Vor Ankauf wird gewarnt! Aus einer Hofanlage wurde zum Schaden des Drogeristen Paul Morawiec ein eisernes Faß mit Benzin gestohlen. Der Dieb konnte bis jetzt nicht ermittelt werden. Die Polizei warnt vor Ankauf des gestohlenen Benzinfasses.

Zwei weitere Diebstähle. Ein unbekannter Spitzbube entwendete zum Schaden der Krankenkasse auf der ulica Dworcowa einen elektrischen Ventilator im Werte von 360 Zloty. — Der auf der ulica Wojciechowskiego im Ortsteil Zalenze wohnhafte Jan Mamok machte der Polizei darüber Mitteilung, daß das Dienstmädchen Marie Dobron zu seinem Schaden einen Geldbetrag von 70 Zloty, sowie verschiedene Gegenstände entwendete. Der diebischen Elster gelang es mit der Diebesbeute zu entkommen.

Welche Preise wurden am letzten Wochenmarkt gefordert? Nach Mitteilung der städtischen Polizei wurden am letzten Wochenmarkt, am 19. Januar, nachstehende Marktpreise gefordert: Pro 1 Kilogramm Schrotbrot 0,35 Zloty, 70 prozentiges Roggenbrot 0,38 Zloty, 65 prozentiges Weizenmehl 0,48 Zloty, 70 prozentiges Roggenmehl 0,36 Zloty, ½ Kilogramm ungesalzene Butter 3,00 Zloty, Landbutter 2,60 Zloty, Schweinefleisch 1,15 Zloty, Rindfleisch 1,10 Zloty, Kalbfleisch 1,10 Zloty, grüner Speck 1,25 Zloty, Schmer 1,25 Zloty, amerikanischer Schmalz 1,90 Zloty, inländischer Schmalz 1.70 Zloty, Krakauerwurst (2. Sorte) 1,70 Zloty, Knoblauchwurst 1,60 Zloty, Krakauerwurst (1. Sorte, Schinkenwurst) 2,00 Zloty, Preßwurst 1,60 Zloty, Leberwurst 1,60 Zloty, Mohrrüben 0,15 Zloty, Weißkraut (pro Kopf) 0,20 Zloty, Rotkraut (pro Kopf) 0,30 Zloty, Welschkraut (pro Kopf) 0,30 Zloty, Kartoffeln (20 Pfund) 1,00 Zloty, Semmeln (50 Gramm) 0,05 Zloty, Milch (pro Liter) 0,44 Zloty, sowie Eier (pro Stück) 0,24 Zloty.

Wojewode Dr. Grazynski gegen Generaldirektor Dr. Pistorius

Der Beleidigungsprozeß im Berufungsverfahren

Am gestrigen Mittwoch sollte vor dem Landgericht Kattowitz die Beleidigungsklage des Wojewoden Dr. Grazynski gegen Generaldirektor, Bergrat Dr. Pistorius von der Fürstlich Plessischen Bergwerksdirektion im Berufungsverfahren zum Austrag gelangen. Die Verteidigung übernahm diesmal für den Advokaten Dr. Lerch der Advokat Zbislawski. Das Richterkolegium setzte sich zusammen aus den Herren Podolecki, Gerichts-Vezepräsident Dr. Herlinger und Gerichtsassessor Grabski. Die Anklage oblag dem Unterstaatsanwalt Dr. Daab.

Dr. Pistorius, welcher bekanntlich in erster Instanz zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, legte gegen dieses Urteil Berufung ein.

Man weiß sich noch zu erinnern, daß s. Zt. seitens der Generaldirektion ein Rundschreiben an zwei Plesser Gruben erging, in welchem zum Ausdruck kam, daß infolge Reduzierung des Kohlen-Kontingents seitens der Eisenbahn-Verwaltung Betriebseinschränkungen und Arbeiterreduzierungen eintreten würden. Aus dem Rundschreiben ging noch hervor, daß die Einschränkung des Kohlenauftrages auf Veranlassung des Wojewodschaftsamtes erfolgt sei. Der Wojewode erhielt von dem Rundschreiben Kenntnis, als eine Arbeiter-Delegation im Wojewodschaftsgebäude vorstellig wurde. Der Generaldirektor wurde daraufhin wegen Beleidigung, bezw. Verleumdung unter Anklage gestellt.

Vor Eintritt in die neue Verhandlung betonte Rechtsanwalt Zbislawski, daß bei Abfassung des fraglichen Rundschreibens an die Grubenbetriebe keineswegs eine Beleidigung des schlesischen Wojewoden beabsichtigt worden sei. Sollte der Wojewode nichtsdestoweniger sich doch betroffen, bezw. beleidigt fühlen, so wäre man bereit, Genugtuung zu leisten, umsomehr, da keine Böswilligkeit vorlag.

Der Anklagevertreter machte gegen die Einigungsvorschläge Einwendungen und bemerkte, daß ihm kein Mandat seitens des Wojewoden, bezüglich seiner Bereitwilligkeit zur Einigung zugegangen sei. Es wäre auch nicht gut möglich, daran zu denken, weil eine entsprechende Zuschrift der Fürstlich Plessischen Bergwerksdirektion, die den Gerichtsakten 1. Instanz beiliegt, seitens des Wojewoden unbeantwortet blieb.

Das Gericht zog sich zu einer kurzen Beratung zurück und beschloß hernach die Verhandlung **bis zum 28. Januar, vormittags 12 Uhr,** zu verlegen. Inzwischen dürfte eine Entscheidung hinsichtlich des Einigungsvorschlags fallen. Für den Fall einer Ablehnung wird die Durchführung der Prozeßsache in 2. Instanz erfolgen.

Zusammenprall zweier Autos. In den Vormittagsstunden des gestrigen Dienstag prallten zwei Personenautos auf der ulica Miczkiewicza zusammen. Beide Kraftwagen wurden beschädigt.

Schwer verbrüht. Die Bankangestellte Viktoria Wlodarczyk von der ulica Mikolowska 43, welche sich an einem heißen eisernen Ofen zu schaffen machte, erlitt an den Händen und im Gesicht erhebliche Verbrühungen. Mittels Auto wurde die Verunglückte nach dem städtischen Spital überführt, wo sie sich in ärztlicher Behandlung befindet.

Böse Folgen einer Schlägerei. In den Abendstunden des gestrigen Dienstag kam es auf der ulica Jagiellonska zwischen mehreren jungen betrunkenen Leuten zu Auseinandersetzungen, welche bald in Tätlichkeiten ausartete. Ein junger Mann wurde im Verlauf der Schlägerei am Kopf erheblich verletzt.

Königshütte und Umgebung

Die goldene Freiheit. Auf unaufgeklärte Weise lösten im städtischen Schlachthof 2 Stiere ihre Fesseln und liefen mit aller nur möglichen Schnelligkeit auf den gegenüber liegenden Wochenmarktplatz. Hierbei entstand eine große Panik, Menschen stoben nach allen Richtungen, Warenstände wurden von den Ausreißern umgeworfen, im Sinne des Wortes, das reine Tohuwabohu. Zum Glück hat sich kein Unglücksfall ereignet, es konnte aber auch anders gekommen sein. Nur mit großer Mühe konnten die beiden Ausreißer ihrem Bestimmungsort zugeführt werden, wo ihnen der Tod blüht.

Ueberfallen und mißhandelt. An der ulica Cmentarna wurde ein gewisser R. ohne Grund und Ursache angefallen und schwer mißhandelt. Polizeiliche Anzeige wurde erstattet.



Kattowitz — Welle 408,7

Freitag. 12,10: Schallplatten. 15,35: Vorträge. 16,10: Jugendstunde. 17,15: Vortrag. 17,45: Nachmittagskonzert. 18,45: Vorträge. 20,15: Symphoniekonzert. 23: Plauderei in französischer Sprache.

Sonnabend. 12,10: Mittagskonzert. 15,35: Vorträge. 16,10: Schallplatten. 17,45: Für die Jugend. 18,15: Konzert für die Jugend. 18,45: Vorträge. 20,30: Unterhaltungskonzert. 22,15: Abendkonzert. 23: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411,8

Freitag. 12,10: Mittagskonzert. 15,35: Vorträge. 15,50: Französisch. 16,15: Vortrag. 17,45: Unterhaltungskonzert. 18,45: Vorträge. 20,15: Symphoniekonzert.

Gleiwitz Welle 253. Breslau Welle 325.

11,15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse
11,35: 1. Schallplattenkonzert und Reklamedienst
12,35: Wetter.
12,55: Zeitzeichen.
13,35: Zeit, Wetter, Börse, Presse.
13,50: Zweites Schallplattenkonzert.
15,20: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.

Freitag, den 23. Januar. 15,35: Stunde der Frau. 16: Unterhaltungkonzert. 16,30: Das Buch des Tages. 16,45: Unterhaltungskonzert. 17,15: Zweiter landw. Preisbericht; anschl.: Funkreporter erzählen. 17,40: Religion und Kunst. 18,05: Kunstgeschichte und Kunstverständnis. 18,30: Die heutigen Aufgaben des Museums. 18,50: Wettervorhersage; anschließend: Abendmusik. 20: Wiederholung der Wettervorhersage; anschl.: Sozialisierung der Kunst. 20,30: Die letzten zehn Jahre. 21,40: Blick in die Zeit. 22,10: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22,30: Reichskurzschrift. 22,50: Wetter und Funk. 23,10: Die Tönende Wochenschau. 23,25: Funkstille.

Sonnabend, den 24. Jaunar. 15,10: Kinderzeitung 15,35: Unterhaltungskonzert. 16,05: Das Buch des Tages. 16,20: Unterhaltungskonzert. 16,50: Die Filme der Woche. 17,20: Zehn Minuten Esperanto. 17,30: Hans Friedrich Blunck liest eigene Spukgeschichten. 18: Bilanz 1930. 18,25: Wettervorhersage; anschließend: Abendmusik auf Schallplatten. 19: Wiederholung der Wettervorhersage; anschließend: Rückblick auf die Vorträge der Woche und Literaturnachweis. 19,30: Aus Berlin: Die Zauberflöte. 22,30: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 23: Aus dem „Marmorsaal im Zoo“ in Berlin: Reklameball 1931. Tanzmusik. 0,30: Funkstille.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, Kościuszki 29

